

# Blickpunkte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **69 (1989)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **02.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Sorgen mit Deutschland

«Lieber als Raketen lasst unsern Genscher reden.» Dieser Spruch zierte ein Transparent am Parteitag der Bayerischen FDP von Mitte Juni. Und der deutsche Aussenminister selbst machte während seiner zündenden Rede durchaus nicht den Eindruck, dass er etwas gegen diese Parole einzuwenden habe. Er nahm für sich in Anspruch, die «doppelte Null-Lösung» durchgesetzt und das sicherheitspolitische Denken Westeuropas überhaupt modifiziert zu haben. Dass es nun auch noch zu einem Abbau der konventionellen Rüstungsarsenale kommen werde, scheint für ihn selbstverständlich zu sein.

Das Stimmungsbarometer im Saal stieg angesichts dieses rhetorisch brilliant überhöhten Optimismus rasch an und mündete in eine «Seid-umschlungen-Millionen»-Euphorie aus, die zu noch weit gewagteren Formulierungen verleitete. So liess einer der andern Hauptredner sein glühendes Bekenntnis zu einer progressiven Umweltpolitik in die These ausmünden, dass eine klare Option zu treffen sei: Die Rüstung koste ungeheuer viel Geld, der richtig verstandene, grenzübergreifende Umweltschutz ebenfalls; für beides zusammen aber reiche das Geld in der Bundesrepublik nicht aus, weshalb eine klare Option zugunsten der Rettung unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu treffen sei.

Zwar gilt es bei diesem Stimmungs-

bild aus dem heutigen Deutschland in Rechnung zu stellen, dass es sich um eine Veranstaltung in der Endphase des Wahlkampfs für das Europaparlament handelte. Es ging darum, das Publikum überhaupt an die Urne zu bringen und zu diesem Zweck die weltpolitische Rolle der BRD zu artikulieren. Die FDP war dabei in einer besonders heiklen Situation, weil sie in letzter Zeit in einen eigentlichen Existenzkampf hineingerissen worden ist. Das ändert aber nichts daran, dass in der Bundesrepublik ein tiefgreifender Bewusstseinswandel im Gange ist. Dabei spielt die alte Vision von einer weltpolitischen Brückenfunktion eine zentrale Rolle. Sie ist getragen von einer Mischung aus Sendungsbewusstsein und einem fast grenzenlosen Optimismus in bezug auf die innere Reformfähigkeit des Ostblocks.

Für unseren neutralen Kleinstaat darf diese Entwicklung alles andere denn gleichgültig sein. Noch ist der älteren Generation allzu gegenwärtig, was es mit deutschem Sendungsbewusstsein auf sich haben kann. Gerade im Vorfeld der Volksabstimmung über die «Abschaffung der Armee» vom kommenden November ist es unerlässlich, unseren Standort und das internationale Umfeld genau zu überprüfen. Die Öffnung insbesondere in Russland ist zwar ohne Zweifel ein epochales Ereignis. Doch niemand vermag vorauszusehen, wie sich die Dinge weiterentwick-

keln werden. Es liegt im Wesen solcher Systeme, dass sie sozusagen von einer Stunde auf die andere in «alte Gewohnheiten» zurückfallen können. Für Wunschdenken ist darum nach wie vor kein Raum. Unser Land wird deshalb gut daran tun, seine internationale Stel-

lung weiterhin in bewährter Sorgfalt und Vorsicht zu artikulieren und zu praktizieren. Es besteht insbesondere kein Grund, von unserer sicherheitspolitischen Doktrin der glaubwürdig bewaffneten Neutralität abzuweichen.

*Richard Reich*

## Irreversible Reformen?

*Am Beispiel Chinas*

Wer noch vor wenigen Wochen in China die Frage nach der *Solidität der Wirtschaftsreform* stellte, erhielt eine uniforme, trotzdem aber nicht abgesprochene, sondern vielmehr in den Überzeugungen der Bürger (fast) aller Klassen verankerte Antwort: irreversibel, eine Umkehr sei nicht denkbar, Chinas Weg in die Zukunft sei vorgezeichnet, weil vom Zwang der Wirtschaftslage diktiert. Nicht wenige China-Experten westlicher und anderer Provenienz haben diese These ziemlich kritiklos übernommen. Gewiss, die Vernunft sprach für sie. Und wohl niemand, auch jene nicht, die die politische Stabilität der Wirtschaftsreform Chinas mit einiger Vorsicht beurteilten, rechneten mit einem abrupten und jähen Absturz in den Panzerkommunismus, in dem Lug und Trug von neuem triumphieren, in dem buchstäblich alle Mittel den Zweck der Erhaltung des angeblich gefährdeten Machtanspruchs der kommunistischen

Partei heiligten — ein Vorgang, der in der an blutigen «Zwischenfällen» und massivsten Unterdrückungen des Volkswillens reichen Geschichte des praktizierten Kommunismus seinesgleichen sucht. Eine «flexible» Einfrierung der Reformen, eine dezidierte Absage an die Gelüste der Studenten, auch das politische System in die Reformen einzubeziehen, dies wäre für nüchterne externe Betrachter der chinesischen Szene allenfalls noch denk- und vorstellbar gewesen. Aber die Reaktionsvariante, wie sie nun in den fiebrigen Gehirnen der greisen Machthaber entstanden ist, liegt ausserhalb jeder Prognosekunst.

Wie war das, was in China passiert ist, möglich? Die Brutalität des Vorgangs hat *keine* Erklärung. Fassungsloses Entsetzen ist der Ausdruck davon, dass er sich einer rationalen Deutung entzieht. Der Vorgang selbst jedoch liegt durchaus in der *Logik von Reformübungen*, wie sie im Reich der Mitte

nun seit einem Jahrzehnt erprobt wurden. Er hat Vorläufer in der Nachkriegsgeschichte der sozialistischen Länder.

Um was geht es bei den Reformen? In erster Linie und vor allem um eine Verbesserung der Versorgungslage der Bevölkerung, was mit der gesamtwirtschaftlichen Effizienz und Funktionalität von Planwirtschaften «klassischen» Zuschnitts zu tun hat. Und wenn die Gebrechen der Planwirtschaft in einer *Überzentralisierung* von Entscheidungskompetenzen zu diagnostizieren sind — woran heute auch in Osteuropa niemand mehr zweifelt —, so drängt sich als Therapie eben *Dezentralisation* auf, d. h. die Verlagerung von Entscheidungskompetenzen auf die Ebene der Unternehmungen und von einzelnen Wirtschaftssubjekten. Das ist denn auch die *Grundmelodie* aller Reformkonzepte. Sie unterscheiden sich lediglich in der Intensität der Dezentralisation sowie in der Auswahl der zu dezentralisierenden Sektoren der Wirtschaft.

Die unangenehme und höchst tückische Konsequenz dieses Vorganges entpuppt sich nun aber darin, dass die Verwirklichung von dezentralen Entscheidungsstrukturen gleichzeitig individuelle Handlungs- und Entscheidungsräume öffnet, die eigentlich zu einer Wirtschaftsordnung mit einem individualistischen oder *liberalen Wertansatz* gehören. Dezentralisation ist nicht wertneutral bzw. eine reine Angelegenheit von Technokraten, die sich auf Effizienzfragen spezialisiert haben. Menschen, denen die Peinlichkeit widerfahren ist, unter sozialistischen oder kommunistischen Herrschaftsformen leben zu müssen, die sich u. a. auch durch eine weitgehende Absenz persönlicher Freizügigkeiten auszeichnen,

rufen dann, wenn ihnen kleine Freiheiten gewährt werden, sofort nach den grossen. China unterscheidet sich in diesem Verlangen in nichts von Ungarn (1956), der Tschechoslowakei (1968) oder von Polen (1980/85).

Die Herstellung von liberalen Grundwerten war aber mit der Reform *nicht* gemeint. Es geht nicht um eine Liberalisierung des Systems; es geht nicht und in keiner Weise um die Herstellung von bürgerlichen Grund- und Freiheitsrechten, die, das ist das Kernanliegen des Liberalismus, die Staatsgewalt in die Schranken weist und sie kontrolliert. In dieser Beziehung sind nicht wenige Beobachter, die sich als Sachkenner in Kommunismusfragen ausgeben — dazu gehören auch Fernsehleute und Journalisten — einem *Irrtum* aufgesessen. Nicht die Liberalisierung des Systems steht zur Debatte, sondern die Verbesserung seiner gesamtwirtschaftlichen Effizienz. Das sind zwei verschiedene Paar Stiefel. Unglücklicherweise aber führt die effizienzsteigernde Medizin, die Dezentralisation, als höchst *unerwünschtes* Nebenprodukt zur Wiederherstellung individueller Entscheidungsmöglichkeiten. Je mehr eine Wirtschaftsreform voranschreitet, desto grösser wird mithin das *Spannungsfeld zwischen wirtschaftlicher Handlungsfreiheit und politischer Bevormundung*. Schon Eucken hat in diesem Zusammenhang von der *Interdependenz der Ordnungen* gesprochen und damit gemeint, dass Systeme mit monopolistischen Herrschaftsstrukturen und dezentralisierten Wirtschaftsordnungen grundsätzlich *instabil* werden. Sie sehen sich der Gefahr ausgesetzt, dass der Funke der Dezentralisation jederzeit auch auf die politische Ordnung überspringen und damit das politische System in Brand setzen

kann. Soweit war es in China offensichtlich noch nicht. Aber die Greise fühlten sich in die Enge getrieben und haben die Unruhen, so scheint es zumindest, als akute Bedrohung empfunden. Nicht nur im Leben einzelner Menschen, sondern auch in jenem von Nationen kommt es nicht in erster Linie darauf an, wie sich eine bestimmte Situation tatsächlich präsentiert, sondern wie diejenigen, die die Entscheidungsbefugnisse besitzen, *glauben*, dass sich die «Dinge» entwickeln könnten. *Erwartungen* spielen in allen Lebenslagen der Menschen eine dominierende Rolle.

Ein weiteres kommt dazu. Politische Systeme mit einer ausserordentlichen Machtfülle an der Spitze der Hierarchie, die sich zudem noch in *kleine* Gremien (Politbüro) zusammendrängt, sind ebenfalls grundsätzlich *instabil*. Und dies besonders dann, wenn sich ihre Entscheidungsfindung unter Ausschluss der Öffentlichkeit vollzieht, wenn also nicht bekannt ist, wie die Machtverhältnisse innerhalb dieser Gremien geschaffen sind. Ein System, das keine Checks und Balances kennt, das keine Regeln der Machtteilung akzeptiert, kann sozusagen *über Nacht kippen*, d. h. einen radikalen Kurswechsel vornehmen. In der Nachkriegsgeschichte Chinas sind solche Wechselbäder immer wieder vorgekommen. Insofern war die Irreversibilität des chinesischen Reformexperiments durch die Staatsordnung bzw. eine entsprechende Reform des politischen Systems nie abgesichert worden. Dies ist mit einiger Sicherheit kein Zufall. Kein kommunistisches Regime hat nämlich bisher diesen Limes zu überspringen vermocht. Ungarn und Polen unternehmen momentan schüchterne Versuche, dieses Problem in den Griff zu bekommen.

In der Sowjetunion dagegen steht der Machtanspruch der Partei nicht zur Reformdisposition.

Wirtschaftsreformen setzen politische Reformen voraus. Zu einer Marktwirtschaft gehört eine grundsätzlich demokratisch strukturierte politische Ordnung; zentralisierte politische Ordnungen gehen mit Planwirtschaften parallel — so lautet eine gängige Formel. Und wenn der Blick auf die sozialistischen Länder gerichtet wird, so lässt sie sich — mindestens bisher — empirisch verifizieren. Die Frage stellt sich allerdings, ob es sich bei diesem Zusammenhang um ein «ehernes Gesetz» handelt oder doch mehr um ein *interpretationsbedürftiges Phänomen*. Das zweite scheint der Fall zu sein, allein schon auf Grund der Beobachtung, dass es auf dieser Welt marktwirtschaftliche Ordnungen gibt, die von Diktaturen oder diktaturähnlichen Regimen, jedenfalls nicht von parlamentarischen Demokratien, eingeführt worden sind. Es wäre daran zu erinnern, dass auch in der Bundesrepublik nach dem Krieg die massgebenden Schritte in Richtung Marktwirtschaft von weitsichtigen Männern in «einsamen» Beschlüssen bestimmt worden sind. Und dies keineswegs mit einer breiten Welle von Zustimmung, sondern vielmehr gegen eine Mauer von Skepsis und Widerstand. Chile hat eine relativ gut funktionierende Marktwirtschaft und ein Generalsregime, das weniger appetitliche Züge aufweist. Manchen Auguren fällt es schwer, in diesem Falle mit einiger Genauigkeit zu differenzieren. Das gleiche gilt auch für eine Reihe von Schwellenländern. Einer «effizienten» Diktatur kann durchaus die Gnade widerfahren, das ökonomisch Richtige zu tun. Marktwirtschaft und Demokratie haben zwar

eine grosse Verträglichkeit, sind aber durchaus *keine Kuppelprodukte* im engern Sinne. China besitzt fatalerweise eine in diesem Sinne höchst ineffiziente Diktatur.

Umgekehrt kann die Frage gestellt werden, ob eine demokratische Ordnung als absoluter Garant für eine Marktwirtschaft betrachtet werden kann. Der gegenwärtige Zustand der Marktwirtschaften in den westlichen Demokratien lässt da ebenfalls einige Zweifel aufkommen. Gültiges zu dieser Frage ist etwa bei *Hayek*, insbesondere in seiner berühmten «Verfassung der Freiheit», nachzulesen. Für Hayek ist die Demokratie ein Verfahren, mit dem bestimmt wird, was bei der Regelung des Zusammenlebens der Menschen in konkreten Situationen als gesetzlich fixierte Maxime zu gelten hat. Liberalismus dagegen ist eine Lehre über den zulässigen *Inhalt* der Gesetze. «Eine Gruppe von Menschen wird nicht dadurch zu einer Gemeinschaft, dass sie sich Gesetze gibt, sondern dadurch, dass sie gleiche *Verhaltensregeln befolgt.*» Im Urteil von Hayek ist es durchaus möglich, dass auch Demokratien totalitätsähnliche Merkmale annehmen, nämlich dann, wenn sie in einen Zustand eskalieren, den der Nobelpreisträger als die «*unbeschränkte Demokratie*» umschreibt und der dann erreicht ist, wenn der Staat alle Ziele des menschlichen Zusammenlebens zu bestimmen in der Lage ist. Die Macht der Mehrheit kann dann zu einem Instrument mit totalitärem Anspruch werden. Der Ruf nach mehr Demokratie hat in der jüngeren Vergangenheit die Macht des Staates stets ausgedehnt. Diese Entwicklung widerspricht jedoch dem ursprünglichen Demokratieverständnis ebenso wie einer liberalen Grundhaltung, deren

zentrales Anliegen eben die *Beschränkung der Staatsgewalt* ist; sie beschäftigt sich mit der Interessenabgrenzung zwischen den einzelnen Gesellschaftsmitgliedern und dem «verfassten» Kollektiv, dem Staat. Deshalb muss für einen Liberalen ein Gesetz nicht schon deshalb gut sein, weil es von einer Mehrheit beschlossen worden ist.

Zwar räumt Hayek ein, dass die Demokratie wahrscheinlich die beste Methode ist, gemeinsame Ziele zu erreichen. Eine Garantie vermag aber auch sie nicht zu liefern. Demokratisch gefällte Mehrheitsentscheide können nur sagen, was Menschen im Augenblick der Entscheidungsfällung mehrheitlich gewollt haben, nicht aber, was sie in ihrem Interesse tun würden, wenn sie bessere oder umfassendere Information gehabt hätten. Aus diesem Grund muss eine Demokratie sicherstellen, dass eine *Minderheitsmeinung jederzeit in eine Mehrheitsmeinung* umschlagen kann.

An diesem Punkt trifft sich Hayek mit Popper, der ebenfalls festhält («*Kritischer Rationalismus*»), dass Erkenntnisse und Theorien immer nur eine Bewährung auf Zeit haben können. Der Fortschritt vollzieht sich durch eine ständige Infragestellung des Bestehenden. Deshalb sind fertige und «endgültige» Lösungen mit Offenbarungscharakter, utopische Revolutionsvorstellungen oder «historische» Universalansprüche *fortschrittsfeindlich*. Die Nagelprobe, ob ein System den Wettbewerb der Ideen tatsächlich praktiziert, ist die Existenz *freier Wahlen*. Wer sich diesem Test widersetzt, bekundet mithin, dass er die von ihm vertretenen Thesen oder Ideologien *nicht* als reformfähig betrachtet. Für Popper verläuft hier die *Grenze zwischen Demokratie und Totalitarismus*. In den sozialistischen Län-

dern ist keine bzw. eine nur eingeschränkte (Ungarn, Polen) Bereitschaft zu erkennen, diesen reformpolitischen Weg zu beschreiten. Die Panzer auf dem Platz des Himmlischen Friedens zeugen mit aller Deutlichkeit, dass die politische Ordnung in China *unantastbar* ist. Es muss deshalb realiter davon ausgegangen werden, dass China wei-

terhin instabil bleibt, dass die erzwungene Stabilität dann, wenn der politisch-militärische Druck dereinst wieder abgebaut werden sollte, in eine neue Phase von Turbulenzen fallen wird — es sei denn, dass neue Machthaber, die die Zeichen der Zeit erkannt haben, an Einfluss gewinnen.

Willy Linder

## «Wir sind Utopia»

Der Titel der 1943 erschienenen Novelle von Stefan Andres — sie wurde später als «Gottes Utopia» dramatisiert — passt auf das Bild, das sich offenbar die Mehrzahl der Menschen in kommunistisch geführten Staaten von unseren Verhältnissen machten — von der Moldau bis zum Yangtsekiang. Ihnen gelten wir als die freie Welt — ohne höhnische Anführungszeichen.

Im Bewusstsein unserer eigenen Fehlleistungen, Unterlassungen, Mängel, Nöte fällt es den Nachdenklichen dieses Westens nicht leicht anzuerkennen, dass wir für die «zweite Welt» etwas Ersehntes darstellen, eine real existierende Utopie sind — den Ideologen noch schwerer<sup>1</sup>.

Es ist nicht so lange her, dass vielen im Westen eben jene Regime, deren Krise jetzt nicht angezweifelt wird, als vorbildhaft galten. Nicht als «sozialistische Paradiese», sondern in der Überzeugung, sie seien «auf dem richtigen Weg». Die Umkehrung der Faszination

ist vielen von uns eher unheimlich als angenehm — sie kann zu kritikloser Selbstzufriedenheit, zu Überheblichkeit führen, für die kein Anlass ist. Doch jene, die warnen, vom Westen hätten sie nur Unheil zu erwarten und die Enttäuschten sollten sich eher an die verschütteten, aber noch lebenden Ideale und Impulse ihrer eigenen Doktrin halten, werden dort nicht gehört.

Michail Gorbatschow hat in Bonn ein Dokument unterzeichnet, das westlichem Wertverständnis und Sprachgebrauch entspricht. Wenn, als Vertreter der Industrie, Wolff von Amerongen den Staats- und Parteichef ermahnte, dafür zu sorgen, dass die sowjetischen Waren qualitätsvoller würden, hat Gorbatschow nicht etwa dagegen Vorzüge der sowjetischen Gesellschaftsordnung aufgerechnet, sondern um Geduld gebeten, auf Schwierigkeiten auf dem langen aber nunmehr eingeschlagenen Weg gewiesen.

Gibt es noch einen einzigen Bereich, in welchem sich die Führungsgruppe der «sozialistischen Staaten» auf vorbildliche Errungenschaften berufen? Manche Denker, insbesondere deutsche, beklagen das gegenwärtige «Utopiedefizit». Doch hatte sich enthusiastisches Vertrauen gegenüber der Sowjetunion, Volkschina, Jugoslawien, Kuba jeweils enttäuscht gesehen — als Kultobjekt bleibt gerade nur Nicaragua. Die in unseren Gesellschaften erstrebten Reformen werden nicht mehr mit revolutionären Methoden und mit Ausblick auf eine völlig andere Gesellschaft verbunden.

Alle Reformen sowohl der kommunistischen Grossreiche wie Ungarns und Polens suchen Wege, die der kommunistischen Ideologie entgegengesetzt sind. Pluralismus, sei es — Gorbatschows Sicht — innerhalb einer einzigen Partei, oder — Ungarn, Polen — einer Mehrheit von Parteien, Verzicht auf die Behauptung privilegierter Erkenntnisse der Marxisten, wodurch die Privilegien der Nomenklatura noch stossender werden, mehr Raum für Marktwirtschaft und damit verbundenen Eigentumsrechte — das gilt als Bedingungen des Fortschritts.

China. In der Woche vor dem Blutbad auf dem Platz des Himmlischen Friedens jubelten die französischen Wochenmagazine, die Studenten und das sich zu ihnen gesellende Volk habe es erreicht; nun breche — Konsequenz der durchgeführten Reformen — die Freiheit an. Die Rückkehr zur «Macht, die aus den Gewehrläufen kommt» wurde kaum je in Betracht gezogen.

In einer letztes Jahr erschienenen Biographie Deng Xiaopings hoffte deren Autor, der 84jährige Deng werde noch lange im Amt bleiben. Unumkehrbarkeit und zugleich Vertrauen in

einen Einzigem — erinnert das nicht an das andere Grossreich?

Wäre Deng letztes Jahr verstorben — wie oft würden wir jetzt lesen, welche Tragödie das Verschwinden des grossen Mannes war, der eine Rückkehr zur brutalsten Repression niemals zugelassen hätte. Doch ist es Deng, der die Verantwortung für die sich steigernde Repression und Hetzjagd übernommen hat. Und wie reagierten darauf kommunistische Parteien anderswo? Mit heftigem Protest in Ungarn, wo Konkurrenz mit anderen Parteien zu erwarten ist, mit Abscheu in Frankreich, den Georges Marchais besonders scharf ausgedrückt hat, mit einstimmiger Billigung der Volkskammer in Ostberlin. Je nach der taktischen Situation Entrüstung oder Zustimmung . . .

In China war schon vor zwei Jahren im Zeichen von Studentendemonstrationen der Kampf gegen «geistige Umweltverschmutzung» eröffnet worden. «Neunundneunzig verdorrte Blumen» war der «*Blickpunkt*» von März 1987 betitelt. Dort stand: «Die Abkehr von einer so tief gegangenen Reform wäre schwerer als die Rückkehr von Gorbatschows Reformismus zur Nomenklatura-Routine.»

Ob schwerer oder nicht — so ist nachträglich festzustellen —, die Machtbewahrung der Partei, auch gegen die Liberalen der eigenen Führung, war der stärkere Imperativ. Ist daraus etwas zu schliessen, das die Sowjetunion betrifft? Hier ist die «perestroika» im Gegensatz zu China bisher eher verbal geblieben, hingegen hat die Offenheit der intellektuellen, auch der politischen Debatte ein anderes Niveau erreicht. Doch neben der vom Westen erhofften Kontinuität der sowjetischen «Öffnung» im Inneren und im Verhältnis zur Aussenwelt sind andere Even-



tualitäten nicht auszuschliessen: einmal, dass Gorbatschow wegen des Selbständigkeitsdranges und der Spannungen unter nichtrussischen Nationalitäten oder aus anderen Gründen seine Politik im Sinn der Disziplinierung ändert, ferner, dass der Staats- und Parteichef seine gegenwärtige Machtfülle nicht lange genug bewahren kann.

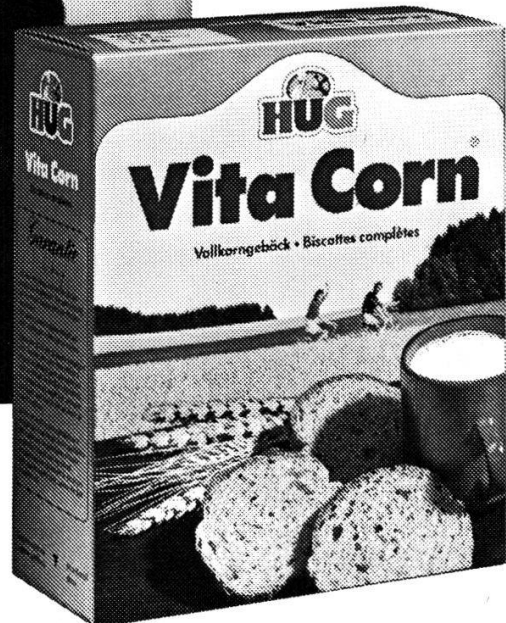
Alle westliche Bereitschaft, Gorbatschows Sowjetunion Kredit zu geben und Kredite zu gewähren, ist unwichtig angesichts des Umstands, dass Vor-

gänge, auf die der Westen auch mit bestem Willen keinen Einfluss hat, entscheidender sein mögen als die «Gorby» zujubelnden Massen — erst in New York, jetzt in Bonn.

*François Bondy*

<sup>1</sup> «Ich würde sagen, dass es ein reiner Unsinn ist, dass die Freiheit im Westen grösser sei als im Osten.» Günther Anders antwortet. Interviews und Erklärungen. Berlin, April 1987, Seite 77.

## Der knusprige Vollkorngenuss von HUG



Vita Corn – das herrlich knusprige, vollwertige Vollkorng Gebäck – ist nicht süss und passt deshalb hervorragend zu allen Speisen.  
Vita Corn ist reich an Vitaminen B1, B2 und PP.  
Greifen Sie zu – knabbern Sie sich in Form!

**Chnusper und busper**